

JAHRESBERICHT 2012

Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)

gegründet 1897

Hauptstelle:

Solinger Str. 51 - 59
40764 Langenfeld

Telefon: (02173) 909-0
Telefax: (02173) 909-409
Internet: www.sparkasse-langenfeld.de
e-mail: info@sparkasse-langenfeld.de

Finanzdienste:

Solinger Str. 59

Telefon: (02173) 909-298

Zweigstellen:

Hauptstr. 43
Frankenplatz 5
Hardt 81
Bienenweg 2

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld/Rhld. ist als Anstalt des öffentlichen Rechts im Handelsregister A unter Nr. 16338 beim Amtsgericht Düsseldorf eingetragen. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin/Bonn angeschlossen. Träger der Sparkasse ist die Stadt Langenfeld.

DIE SPARKASSEN-GREMIEN

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender:

Frank Schneider,
Bürgermeister

Stellvertretende/r Vorsitzende/r:

1. Jürgen Brüne
2. Sascha Steinfels

Mitglieder:

Dieter Braschoss
Jürgen Brüne

Michaela Detlefs-Doege

Helmut Konrad

Wolfgang Mark

Frank Noack

Uwe Reuker

Sascha Steinfels

Manfred Stuckmann
(bis 19.03.2012)

Andrea Meybom
(ab 20.03.2012)

Barbara Zwank-Mielke

Stellvertreter:

Tim Koesling

Andrea Meybom (bis 19.03.2012)

Günther Zons (ab 20.03.2012)

Hiltrud Markett

Norbert Willems

Ralf Erf

Hans-Peter Büttgenbach

Rolf Mewes

Lothar Witzleb

Daniel Rohrbeck

Hans-Georg Jansen

Mitarbeitervertreter:

Christiane Altenhofen

Ilka Strohn

Regina Mehring

Carsten Hens

VORSTAND

Dirk Abel, Vorsitzender

Stefan Noack, Mitglied

LAGEBERICHT

GESAMT- WIRTSCHAFTLICHE RAHMEN- BEDINGUNGEN

Europas größte Volkswirtschaft konnte sich in 2012 dem weltweiten Konjunkturabschwung und der schwelenden Euro-Schuldenkrise nicht länger entziehen, trotzte aber mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,7 % der europäischen Rezession. Dieser Wert liegt zwar deutlich unter den Ergebnissen der beiden starken Erholungsjahre 2010 (4,2 %) und 2011 (3,0 %), ist jedoch im internationalen Vergleich immer noch recht zufriedenstellend. Nach einem zunächst kraftvollen Jahresbeginn zeigten sich nach dem Sommer Bremsspuren aus der Schwäche wichtiger Partnerländer und aus der krisenbedingten Verunsicherung. Zum Jahresende ging die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorquartal sogar um 0,6 % zurück.

Die konjunkturelle Verlangsamung schlug sich nicht in den Staatsfinanzen nieder, da die hierfür wichtige Entgelt- und Arbeitsmarktentwicklung im Jahresdurchschnitt stabil war. Erstmals seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 schloss der staatliche Gesamthaushalt im Jahr 2012 mit einem leichten Plus von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts. Aufgrund von Stützungsmaßnahmen im Rahmen der EWU stieg die Schuldenquote allerdings von dem bereits sehr hohen Vorjahresniveau aus weiter an.

Während es im ersten Halbjahr 2012 noch lange gelungen war, die Nachfrageschwäche in den europäischen Partnerländern durch Absatzerfolge auf außereuropäischen Märkten zu kompensieren, ließ die Exporttätigkeit in den letzten Monaten des Jahres nach. Allerdings legte der Export als Komponente des Bruttoinlandsprodukts um 3,7 % zu und steuerte damit erneut den entscheidenden Wachstumsanteil bei. Die Importe weiteten sich zwar ebenfalls aus, jedoch mit einer deutlich geringeren Rate von 1,8 %.

Obwohl die deutsche Binnennachfrage 2012 real um 0,4 % schrumpfte, gab es in Teilbereichen dennoch positive Entwicklungen. Die Wachstumsträger privater Konsum (+ 0,6 %) und Wohnungsbau (+ 0,9 %) profitierten von der guten Beschäftigungslage und der anziehenden Einkommensentwicklung. Der Wohnungsbau wurde darüber hinaus von den günstigen Finanzierungsbedingungen und einer Tendenz zur Flucht in Sachwerte positiv beeinflusst. Andere Kategorien des Baus – wie der nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme geschrumpfte öffentliche Bau – waren dagegen schwach. Die rückläufige Entwicklung beim Wirtschaftsbau ging Hand in Hand mit den ebenfalls sehr enttäuschenden Ausrüstungsinvestitionen, die in 2012

LAGEBERICHT

real um 4,8 % zurückgingen. Alle Anlageinvestitionen zusammen verringerten sich real um 2,5 % – eine Folge der Verunsicherung der Unternehmen über den weiteren Krisenfortgang.

Trotz der Vorsicht bei den Investitionen wurden die Belegschaften in den meisten Unternehmen gehalten, um für bessere Zeiten gerüstet zu sein. Im Jahresdurchschnitt wurden in Deutschland neue Beschäftigungsrekorde aufgestellt. Mit 41,6 Mio. Menschen (+ 1,1 %) waren hierzulande in 2012 mehr Personen erwerbstätig als je zuvor. Im Jahresverlauf schwenkte die Entwicklung in eine Seitwärtsbewegung ein.

Der Anstieg der Verbraucherpreise, zu dem Energie und Nahrungsmittel weiterhin überproportional beitrugen, flachte sich geringfügig auf 2,0 % ab. Die Energie- und Rohstoffpreise bewegten sich auf dem seit längerer Zeit hohen Niveau ohne neuerliche Spitzen.

BRANCHEN- SPEZIFISCHE RAHMEN- BEDINGUNGEN

Die schwache Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum und die andauernde europäische Staatsschuldenkrise prägten auch im Jahr 2012 die europäischen Finanzmärkte. Erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zeigten sich Anzeichen einer Stabilisierung. Ausschlaggebend hierfür waren neben verschiedenen politischen Weichenstellungen für eine stärkere Integration in Europa vor allem weitere massive geld- und finanzpolitische Maßnahmen. Unter anderem trug die Ankündigung des Eurosystems, unter bestimmten Bedingungen Stützungskäufe von Staatsanleihen einzelner Länder in grundsätzlich unbegrenztem Umfang durchzuführen, zu einer Beruhigung der Lage an den Finanzmärkten bei. Die Europäische Zentralbank setzte Anfang Juli 2012 ein weiteres Zeichen und senkte die drei Leitzinssätze um jeweils einen Viertelprozentpunkt. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt damit auf dem historischen Tiefstand von 0,75 %. Erstmals seit Einführung des Euro lag der Satz damit unter einem Prozent. Steigende Inflationsprognosen und die schwache Wechselkursentwicklung im Laufe des Berichtsjahres hielten den EZB-Rat von weiteren Zinssenkungen ab.

Auf politischer Ebene verständigte sich der Rat der EU-Finanzminister auf die Einführung einer gemeinsamen Bankenaufsicht, mit der ab 2014 die Kontrolle über die

LAGEBERICHT

Banken in der Währungsunion vereinheitlicht und verbessert werden soll. Allein die Ankündigung dieses einheitlichen Aufsichtsgremiums trug zur Verringerung der Unsicherheit der Finanzmarktakteure bei.

Um in Deutschland das Vertrauen in die Stabilität des Bank- und Finanzsystems zu stärken, trat zum 1. März 2012 das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Kraft. Demnach konnte das bereits bis 2010 zur Verfügung stehende und bewährte Instrumentarium des SoFFin (Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung) wieder vollständig genutzt werden. Diese Möglichkeit wurde zunächst bis zum Ende des Jahres 2012 befristet, jedoch bereits ab 1. Januar 2013 mit dem Dritten Finanzmarktstabilisierungsgesetz für weitere zwei Jahre verlängert. Darüber hinaus leisteten die Kreditinstitute wieder eine vom Geschäftsumfang abhängige Bankenabgabe zum Restrukturierungsfonds, der im Jahr zuvor errichtet wurde und der Vermeidung bzw. Bewältigung von Banken Krisen dienen soll.

Als weitere Maßnahme zur Stärkung des Finanzsystems hat der Deutsche Bundestag im Oktober 2012 das Finanzstabilitätsgesetz beschlossen, welches zum 1. Januar 2013 in Kraft trat. Um die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Finanzsystems als Ganzes im Auge zu behalten, wurde dem neu gegründeten Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) die makroprudenzielle Überwachung in Deutschland übertragen. Dabei übernimmt die Deutsche Bundesbank die zentrale Rolle, die für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte zu analysieren und bei bestehenden Risiken Warnungen und Empfehlungen zu deren Abwehr vorzuschlagen, über die der AFS entscheidet.

Unter den anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen stand das deutsche Kreditgewerbe im Jahr 2012 zunehmend vor der Herausforderung, die Rentabilitätsansprüche mit den gestiegenen Anforderungen bei der Sicherung der Kapitalbasis, der Kreditqualität und der Liquidität in Einklang zu bringen. Während hierbei die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland – nicht zuletzt aufgrund der günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt sowie der weiterhin positiven Impulse vom Wohnungsbau – noch stabilisierend wirkte, hinterließen die globale Konjunkturabschwächung und die sich zeitweise verschärfende Staatsschuldenkrise deutliche Spuren in den Ertragsrechnungen. Die Vorgabe der Europäischen Bankenaufsichts-

LAGEBERICHT

RECHTLICHE RAHMEN- BEDINGUNGEN DER STADT-SPARKASSE LANGENFELD

behörde (EBA) und die bereits teilweise antizipierten Eigenkapitalregeln nach Basel III trugen zu einer deutlichen Verbesserung der Risikotragfähigkeit der deutschen Banken bei.

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Langenfeld.

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. angeschlossen.

Wesentliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist neben den für alle Kreditinstitute geltenden Gesetzen und Verordnungen das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Gemäß § 2 SpkG NW (Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag) hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft (insbesondere des Geschäftsbetriebes) und ihres Trägers zu dienen.

Der Träger der Sparkasse war bis zum 18. Juli 2005 rechtlich verpflichtet, für die Sparkasse und die bei ihr eingelekten Kundengelder finanziell einzustehen. Danach änderten sich per Gesetz die Haftungsgrundlagen der Sparkasse. Die Anstaltslast wird seitdem durch die Trägerbeziehung ersetzt, und die Gewährträgerhaftung läuft nach einem gestaffelten Zeitplan aus.

Dies hatte für die Sparkassen lediglich formale Auswirkungen. Die Sicherheit der Kundeneinlagen wurde durch die Änderung nicht berührt. Als Mitglied im Stützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf gehört die Sparkasse dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an. Dieses besteht aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen, die satzungsrechtlich zu einem Haftungsverbund zusammengeschlossen sind.

Dieses System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass ein Institut alle Verbindlichkeiten vollständig erfüllen kann. Jedem Einleger können bei Fälligkeit seine Ansprüche, insbesondere aus Spar-, Termin-

LAGEBERICHT

oder Sichteinlagen sowie aus verbrieften Forderungen, in voller Höhe erfüllt werden – ohne betragsmäßige Begrenzungen. Damit geht die Sparkassen-Finanzgruppe weit über die mit 100.000 Euro gesetzlich festgeschriebene Mindesthöhe für Einlagensicherheit hinaus.

Gemäß den Auflagen der Europäischen Union wurde im Jahr 2012 die finale Restrukturierung der WestLB AG vollzogen. Rechtsnachfolger wurde zum 01. Juli 2012 die Portigon AG, die weiterhin der Sicherheitsreserve der Landesbanken angehört. Die Transformation der WestLB AG zur Portigon AG – von einer internationalen Geschäftsbank zu einem Unternehmen, das weltweit Dienstleistungen rund um das Portfoliomanagement erbringt – führte zu einer Aufteilung der Kundenbestände sowie der Einstellung vieler Geschäftsaktivitäten. Mit Entscheidung des Finanzministeriums NRW vom 30.06.2012 wurden der WestLB AG die Aufgaben einer Girozentrale und Zentralbank entzogen und der Helaba übertragen. Der juristische Übergang der Verbundbank NRW auf die Helaba erfolgte zum 17.09.2012 mit der Handelsregistereintragung durch das Amtsgericht in Düsseldorf. Zur Begründung der Zusammenarbeit mit der Helaba haben alle rheinischen Sparkassen eine Rahmenvereinbarung sowie Einzelverträge unterzeichnet. Die Helaba fungiert seither als Sparkassenzentralbank für rund 40 % aller deutschen Sparkassen – davon allein 106 Sparkassen in Nordrhein-Westfalen.

LAGEBERICHT

GESCHÄFTS- ENTWICKLUNG

	2012	2011	Veränderungen	
	in T€	in T€	in T€	in %
Bilanzsumme	1.466.410	1.396.426	69.984	5,01
Geschäftsvolumen	1.521.076	1.438.618	82.458	5,73
Jahresüberschuss nach Steuern	3.544	3.489	55	1,57

	2012	2011	Veränderungen	
	in T€	in T€	in T€	in %
Kundenkreditvolumen (inkl. Treuhandkredite und Eventualverbindlichkeiten)	1.174.904	1.109.478	65.426	5,90
Wertpapierbestände	288.240	220.299	67.941	30,84
Beteiligungen	18.264	19.505	- 1.241	- 6,36
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	469.876	431.386	38.491	8,92
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	851.819	823.067	28.751	3,49
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.396	2.436	- 40	- 1,66
Nachrangige Verbindlichkeiten	14.468	18.323	- 3.855	- 21,04
Fonds für allgemeine Bankrisiken	39.444	31.418	8.026	25,55
Rücklagen	72.624	69.081	3.544	5,13

(Abweichungen bei den Veränderungen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

LAGEBERICHT

BILANZSUMME UND GESCHÄFTS- VOLUMEN

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahr zufrieden. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes blickt die Stadt-Sparkasse Langenfeld auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück. Ihr Ziel der Eigenkapitalstärkung konnte weiterhin erfolgreich umgesetzt werden. Nach der Ausweitung der Bilanzsumme im Jahr 2011 setzte sich der Aufwärtstrend der Stadt-Sparkasse Langenfeld im Jahr 2012 weiter fort. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 70,0 Mio. EUR (+ 5,01%) auf 1.466,4 Mio. EUR, das Geschäftsvolumen – bestehend aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten – konnte um 82,5 Mio. EUR (+ 5,73 %) auf 1.521,1 Mio. EUR gesteigert werden. Diese positive Entwicklung spiegelte sich sowohl bei den Kundeneinlagen als auch beim Kreditvolumen wider.

KUNDEN- KREDITGESCHÄFT

Das bilanzwirksame Kundenkreditvolumen stieg um 65,4 Mio. EUR (+ 5,90 %) auf 1.174,9 Mio. EUR. Die Tilgungsrückflüsse in Höhe von 150,5 Mio. EUR (- 26,8 Mio. EUR) konnten durch das Neuausleihungsvolumen voll aufgefangen werden. Damit stieg die Summe aus Bestandsveränderungen und Tilgungsrückflüssen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an.

Die Darlehen gegen Grundpfandrechte bilden nach wie vor eine wichtige Säule unseres Kreditgeschäfts. Nach dem Vorjahresanstieg konnten sie nochmals um 3,4 Mio. EUR (+ 0,53 %) auf 647,0 Mio. EUR angehoben werden. Im Jahr 2012 finanzierten wir insgesamt 328 Wohneinheiten.

EIGENANLAGEN

Einen deutlichen Anstieg um 68,5 Mio. EUR (+ 43,14 %) auf 227,4 Mio. EUR verzeichneten wir bei der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Der Buchwert der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere verringerte sich um 0,6 Mio. EUR auf 60,8 Mio. EUR. Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist in zwei Anleihen von Schuldnern aus Irland mit einem Nominalvolumen von insgesamt 3 Mio. EUR und in zwei Anleihen von Schuldnern aus Spanien mit einem Nominalvolumen von insgesamt 2,6 Mio. EUR engagiert. Alle Anleihen notieren per 31.12.2012 über pari. Eine Anleihe mit einem Nominalvolumen von 2 Mio. EUR eines irischen Emittenten wurde in 2013 mit Erzielung eines Veräußerungsgewinnes verkauft.

LAGEBERICHT

BETEILIGUNGEN

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz unserer Sparkasse verringerte sich erneut aufgrund von Bewertungsmaßnahmen um 1,2 Mio. EUR auf 18,3 Mio. EUR.

EINLAGEN- GESCHÄFT

Die Kundeneinlagen (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) stiegen um 2,95 % auf 868,7 Mio. EUR.

Insgesamt betrachtet gingen die Spareinlagen leicht um 5,8 Mio. EUR (- 1,71 %) auf 330,7 Mio. EUR zurück. In den einzelnen Sparformen zeichneten sich jedoch unterschiedliche Entwicklungen ab.

Während wir bei den Festzinsspareinlagen (Anlagedauer 6 oder 12 Monate) einen erfreulichen Zuwachs um 11,0 Mio. EUR (+ 21,71 %) auf 61,7 Mio. EUR feststellen konnten, sank der Zuwachssparbestand um 36,3 Mio. EUR (- 25,34 %) auf 107,0 Mio. EUR.

Der Bestand an Sparkassenbriefen (ohne Nachrang) ging weiter um 2,3 Mio. EUR (- 1,22 %) auf 188,8 Mio. EUR zurück.

Bei anhaltendem Niedrigzinsumfeld zeigt sich in diesen Verschiebungen eine Präferenz der Kunden für kurze Laufzeiten bei Geldanlagen.

Der Bestand an täglich fälligen Einlagen betrug stichtagsbedingt 252,4 Mio. EUR und war damit 40,0 Mio. EUR (+ 18,83 %) höher als im Vorjahr. Die Termineinlagen sanken leicht um 3,1 Mio. EUR (- 3,78 %) auf 80,0 Mio. EUR.

Unseren Kunden haben wir im Jahr 2012 insgesamt 15,4 Mio. EUR Zinsen vergütet.

INTERBANKEN- GESCHÄFT

Die Forderungen an Kreditinstitute sind im Vergleich zum Vorjahr um 45,5 Mio. (- 85,45 %) auf 7,7 Mio. EUR zurückgegangen. In dieser Position wurde eine fällige Termingeldanlage über 50 Mio. EUR nicht verlängert.

Aufgrund kurzfristiger Refinanzierung erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 38,5 Mio. EUR (+ 8,92 %) auf 469,9 Mio. EUR.

LAGEBERICHT

UNSERE WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

ERTRAGSLAGE

	2012	2011	2012	2011
	in Mio. €		in % der DBS	
Zinsüberschuss (GuV 1 - 3)	+32,8	+32,5	2,25	2,29
Provisionsüberschuss (GuV 5 - 6)	+8,7	+8,2	0,60	0,58
Sonstige betriebliche Erträge (GuV 8)	+0,6	+0,5	0,04	0,04
Bruttoertrag (GuV 1 - 9)	+42,1	+41,1	2,89	2,90
Personalaufwand (GuV 10a)	-11,4	-11,0	0,78	0,78
Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	-6,0	-6,0	0,41	0,42
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	-1,1	-1,0	0,07	0,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV 12)	-1,6	-0,7	0,11	0,05
Betrieblicher Aufwand (GuV 10 - 12)	-20,1	-18,7	1,38	1,32
Betriebsergebnis vor Bewertung (GuV 1 - 12)	+22,0	+22,4	1,51	1,58
Saldo aus Abschreibungen, Zuschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere (GuV 13 - 14)	-4,9	+17,9	0,34	1,26
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens (GuV 15 - 16)	-1,2	-1,1	0,09	0,08
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	-8,0	-30,1	0,55	2,12
Außerordentliches Ergebnis (GuV 22)	-0,1	-0,1	0,01	0,01
Steuern (GuV 23 - 24)	-4,1	-5,5	0,28	0,39
Jahresüberschuss (GuV 25)	+3,5	+3,5	0,24	0,25

(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen. Auf die Aufnahme der Position Aufwendungen aus Verlustübernahme (GuV 17) in die Übersicht haben wir wegen Geringfügigkeit verzichtet.)

LAGEBERICHT

Die Entwicklung der Ertragslage war im Geschäftsjahr 2012 voll zufriedenstellend. Das im vergangenen Jahr erwirtschaftete Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 22,0 Mio. EUR oder 1,51 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) knüpft nahtlos an die gute Ertragslage der vergangenen Jahre an.

Der Zinsüberschuss einschließlich der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen stieg im Vergleich zu 2011 um 0,3 Mio. EUR (+ 0,95 %) auf 32,8 Mio. EUR. Nach wie vor ist das Zinsgeschäft die bedeutendste Ertragsquelle. Die Zinsspanne sank nur leicht um 0,04 %-Punkte auf 2,25 % der Durchschnittsbilanzsumme.

Das Provisionsergebnis lag im letzten Jahr bei 8,7 Mio. EUR und konnte damit um 0,5 Mio. EUR gesteigert werden. Dies resultiert insbesondere aus einem Anstieg einmaliger Gebühren im Kreditgeschäft in Höhe von 0,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Die Relation von Provisionsüberschuss zu Zinsüberschuss (GuV 1 und 2) beträgt 29,03 % (Vorjahr: 27,23 %).

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband hat zur Deckung der Verbandskosten eine Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erhoben. Auf die Sparkasse entfällt anteilig ein Betrag in Höhe von 0,8 Mio. EUR, den wir in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Posten 12 – sonstige betriebliche Aufwendungen – ausgewiesen haben.

Der betriebliche Aufwand erhöhte sich um 1,3 Mio. EUR auf 20,1 Mio. EUR, wozu in erster Linie bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen die vorgenannte Sonderumlage sowie tarifliche Gehaltssteigerungen bei den Personalaufwendungen beigetragen haben.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft um 4,7 Mio. EUR auf 6,8 Mio. EUR gestiegen. Insbesondere durch Zuschreibungen bei den Eigenanlagen wurde ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 1,9 Mio. EUR erzielt.

LAGEBERICHT

Die sogenannte Cost-Income-Ratio (CIR), das Verhältnis von Kosten zu Ertrag, betrug 45,61 % (Vorjahr: 44,68 %) und war damit auch im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich günstiger als der Durchschnittswert vergleichbarer Sparkassen und das in der **S**-Finanzgruppe formulierte strategische Ziel einer CIR von 60 %.

Unter Einbeziehung der außerordentlichen Positionen sank das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 1,3 Mio. EUR auf 7,8 Mio. EUR.

Der Steueraufwand lag bei 4,1 Mio. EUR (Vorjahr: 5,5 Mio. EUR).

Insgesamt ergab sich ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 nahezu unveränderter Jahresüberschuss von 3,5 Mio. EUR.

FINANZLAGE

Aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge war die Zahlungsfähigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute wurden stets erfüllt. Die aufgrund der Liquiditätsverordnung zum Jahresende errechnete Liquiditätskennzahl von 1,68 (Vorjahr: 1,47) lag erneut deutlich über der aufsichtsrechtlichen Untergrenze von 1,00. Auch die Kennzahlen, die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnen sind und für die keine Mindestwerte vorgegeben werden, deuteten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Die bei der WestLB AG bzw. Helaba eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt zum Teil in Anspruch genommen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde genutzt.

Bei der Deutschen Bundesbank wurden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften Guthaben in der erforderlichen Höhe unterhalten.

LAGEBERICHT

VERMÖGENSLAGE

Das ausgewiesene Eigenkapital wird sich voraussichtlich durch die seitens des Vorstands vorgesehene Zuführung des Bilanzgewinns auf 72,6 Mio. EUR erhöhen (+ 5,13 %). Über die Sicherheitsrücklage hinaus verfügt die Sparkasse über weitere umfangreiche Eigenkapitalbestandteile. Die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zum Gesamtanrechnungsbetrag für Adressenrisiken, zum Anrechnungsbetrag für operationelle Risiken sowie der Summe der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen überschritt per 31.12.2012 mit 11,67 % (Vorjahr: 11,61 %) den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,00 %. Die Eigenkapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurden jederzeit eingehalten.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat die zukünftigen Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital quantitativ sowie qualitativ deutlich erhöht. Hauptzielsetzung ist es, die Qualität und damit insbesondere die Dauerhaftigkeit und Verlustteilnahmefunktion des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu stärken.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine Eckwertplanung bis in das Jahr 2020 erstellt, welche die Annahmen zur Entwicklung der Risikoaktiva sowie der Aufwands- und Ertragskomponenten und die daraus resultierende Entwicklung des Eigenkapitals wiedergibt.

In dieser Eckwertplanung wird trotz vorübergehend sinkender Zinsspanne eine kontinuierliche Zuführung zum Kernkapital geplant. Die Bilanzsumme sowie die einzelnen Aufwands- und Ertragskomponenten werden dabei bis zum Planungshorizont moderat steigen. Bei der Bewertung der Kredit- sowie Wertpapierpositionen sieht die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine Stagnation auf realistischem Niveau, wobei auch hier eine Steigerung in Anlehnung an das Bilanzsummenwachstum eingeplant ist.

Auch bei den Risikoaktiva wird mit einer leichten Erhöhung über den Planungszeitraum gerechnet. Gleichzeitig wurden die erhöhten Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital abgebildet, indem Ergänzungskapitalbestandteile sukzessive abschmelzen und zukünftig geforderte Abzugspositionen eigenkapitalmindernd angesetzt wurden. Unter der konservativen Annahme, dass sowohl der ab 2016 geplante Kapitalerhaltungspuffer als auch der antizyklische Kapitalpuffer jeweils in voller Höhe

LAGEBERICHT

anzusetzen wären, zeigen die Ergebnisse der Eckwertplanung erst ab dem Jahr 2019 eine leichte Unterschreitung der maximalen Gesamtanforderungen an die Eigenmittel. Die zukünftigen bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen werden jedoch stets eingehalten.

Die größten Veränderungen in der Bilanzstruktur haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute (0,53 % zu 3,81 % in 2011) und Wertpapierbestände (19,66 % zu 15,78 % in 2011) ergeben. Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 58,09 % (Vorjahr: 58,94 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Banken mit 32,04 % (Vorjahr: 30,89 %) die bedeutendsten Posten dar.

Der Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen branchenspezifischen Risiken der Kreditwirtschaft besteht eine zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Weitere, für den Geschäftsverlauf ursächliche Ereignisse und Entwicklungen sowie Faktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage hatten, bestanden im Berichtsjahr nicht.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist geordnet.

LAGEBERICHT

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Von den am Jahresende aktiv beschäftigten 215 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren

126 vollzeitbeschäftigte und
71 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie
18 Auszubildende.

Wir übernahmen fünf Auszubildende, die ihre Ausbildung in 2012 mit Erfolg beendeten, in das Angestelltenverhältnis.

Die gezielte Förderung und Weiterbildung unserer Mitarbeiter bildete angesichts der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Sparkassengeschäfte auch im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

Um flexiblere und damit ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Mitarbeiter unterschiedliche Modelle – von variablen Arbeitszeiten über Teilzeit bis zur Altersteilzeit – nutzen.

NACHTRAGS- BERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

LAGEBERICHT

RISIKOBERICHT- ERSTATTUNG

1 Beschreibung des Risikomanagements

1.1 Strategien und Prozesse

Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25 a Abs. 1 KWG. Es umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse.

Bei der Gestaltung des Risikomanagementsystems werden gesetzliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen beachtet. Maßgebliche Bestimmungen ergeben sich aus unseren Geschäfts- und Risikostrategien, wobei der Gesamtvorstand für die Umsetzung dieser Strategien verantwortlich ist.

Das in der Stadt-Sparkasse Langenfeld implementierte Risikomanagement ist der Größe und der Risikolage des Hauses entsprechend ausgestaltet.

Die Risikostrategie legt die strategischen Eckpfeiler der Sparkasse im Bereich des Risikomanagements fest. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung der Sparkasse, die Erläuterung des grundsätzlichen Umgangs mit verschiedenen Risikokategorien, die Festlegung der wesentlichen Risiken der Sparkasse, die Limitierung von Risiken sowie Festlegungen in Bezug auf die Risikotragfähigkeitskonzeption.

Alle Strategien und Konzepte sowie sämtliche Anweisungen, die im Zusammenhang mit dem Risikomanagement- und -controllingprozess stehen, werden jährlich überprüft. Sie bilden die Grundlagen für die Tätigkeiten im Bereich des Risikocontrollings.

1.2 Grundlagen der Risikosteuerung

Risikoverständnis

Der Begriff „Risiko“ wird als Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. In jedem Fall ist da-

LAGEBERICHT

mit eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance wird nicht als Risiko angesehen (enger Risikobegriff).

Risikoneigung

Neben dem für die Stadt-Sparkasse Langenfeld allgemein gültigen Vorrang der Rentabilität und des Vermögenszuwachses orientiert sich der Vorstand bei seinen strategischen Überlegungen an den Grundsätzen einer ertragsorientierten Wachstumspolitik. Auf der Seite der Risiken bilden die Grundsätze einer ertragsorientierten Risikopolitik die strategische Grundausrichtung der Stadt-Sparkasse Langenfeld.

Die ertragsorientierte Banksteuerung der Sparkasse zeigt sich darin, dass Risiken eingegangen werden, wenn Sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig sind und im Verhältnis zu den sich hieraus ergebenden Chancen vertretbar sind.

Damit verbunden ist die geschäftspolitische Zielsetzung, bei günstigem Chance-/Risikoprofil Risiken einzugehen und bei ungünstigerem Chance-/Risikoprofil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellem Schaden werden akzeptiert. Die Sparkasse betrachtet sich infolgedessen als risikoneutral.

Die von der Stadt-Sparkasse Langenfeld bisher eingegangenen und zukünftig einzugehenden Risiken ergeben sich aus dem Geschäftsmodell einer regional tätigen Sparkasse.

Das Risikomanagement hat das vorrangige Ziel, die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb transparent und dadurch steuerbar zu machen. Risiken können somit auf ein vertretbares Maß beschränkt werden, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation der Sparkasse nicht zu gefährden.

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit bildet die Grundlage für den Risikomanagementprozess der Sparkasse. Sie bezeichnet die Fähigkeit, die wesentlichen Risiken des Bankgeschäfts durch die vorhandenen finanziellen Mittel laufend zu

LAGEBERICHT

decken. Für den Fall, dass Risiken schlagend werden, sollen die entstehenden Verluste durch das Risikodeckungspotenzial aufgefangen werden können.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse besteht aus einer periodischen und einer regulatorischen Sichtweise. Die wertorientierte Sichtweise, d.h. die Beurteilung der Risikotragfähigkeit anhand von Vermögensbarwerten und wertorientierten Risikogrößen, wird derzeit nicht genutzt.

Die regulatorische Sichtweise ist durch die gesetzlichen Bestimmungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) zwingend vorgeschrieben. Hiernach darf die Gesamtkennziffer, also das Verhältnis von anrechenbaren Eigenmitteln und der Summe der Gesamtanrechnungsbeträge für Adressen-, Marktpreis- und operationelle Risiken, nicht unter 8 % liegen. Da diese Sichtweise nicht ausreicht, wird zur Erfüllung der qualitativen Anforderungen an das Risikomanagement auch die periodische Sichtweise zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit herangezogen.

In der periodischen Sichtweise werden dem Risikodeckungspotenzial, das aus dem handelsrechtlichen Eigenkapital einschließlich der stillen Vorsorgereserven und einer geplanten Ergebnisgröße ermittelt wird, die handelsrechtlich auszuweisenden Risiken (z.B. Zinsspannen- und Bewertungsrisiken) gegenübergestellt. Hierbei stehen die Komponenten der Betriebsergebnis- bzw. Erfolgsspannenrechnung und der Bilanz im Mittelpunkt. In der periodenorientierten Sichtweise wird daher grundsätzlich das laufende Jahr betrachtet. Ab Jahresmitte wird zusätzlich auf das erste Folgejahr abgestellt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse ist auf den Fortführungsansatz (Going Concern) ausgerichtet. Im Gegensatz zum Liquidationsansatz soll beim Fortführungsansatz sichergestellt werden, dass das Fortbestehen des Unternehmens auch im Belastungsfall gesichert ist. Dies hat Auswirkungen auf einzubeziehende Größen beim Deckungspotenzial und die simulierten Risikoszenarien.

Ausgehend vom gesamten Risikodeckungspotenzial legt der Gesamtvorstand den Anteil am Risikodeckungspotenzial fest, der als Gesamtbanklimit für die Unterlegung von Risiken herangezogen werden kann. Für die als wesentlich definierten Risiken und verschiedene Ertrags- und

LAGEBERICHT

Aufwandskomponenten werden Teillimite festgelegt. Das Risikocontrolling quantifiziert die Risiken, überwacht die Einhaltung der Limite und erstellt das zugehörige Reporting.

Mindestens einmal jährlich erfolgt die Überprüfung bzw. Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts einschließlich der festgelegten Limite.

Organisation des Risikomanagements

Der Risikomanagementprozess der Stadt-Sparkasse Langenfeld beinhaltet alle Aktivitäten des systematischen Umgangs mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikomessung, die Risikobewertung, die Steuerung, das Risikoreporting sowie die Überwachung und Kontrolle der Risiken.

Im Rahmen der jährlichen Risikobesprechung wird ein Gesamtrisikoprofil der Sparkasse erstellt. Dazu erfolgt die Differenzierung in Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken sowie sonstige Risiken.

Für die Beurteilung der Wesentlichkeit orientiert sich die Sparkasse an folgenden Kriterien:

- Die Risikoart hat wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- oder Liquiditätssituation der Sparkasse.
- Hinsichtlich der Größenordnung legt die Sparkasse einen Betrag von ca. 1 Mio. EUR (Ertrags- und Vermögenssituation) zugrunde.
- Weiterhin kann die Wesentlichkeit einer Risikoart aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben quasi vorgegeben sein.

Die mit den wesentlichen Risiken verbundenen Risikokonzentrationen werden im Risikocontrollingprozess angemessen berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt hier in der Analyse von Konzentrationen im Kundenkreditportfolio.

Im Rahmen der Risikomessung werden neben der Quantifizierung möglicher Risiken verschiedene Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstestszenarien werden im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit beurteilt.

LAGEBERICHT

Die Risikosteuerung obliegt dem Gesamtvorstand, während die Risikoüberwachung durch den Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling, unterstützt durch den Bereich Marktfolge Kredit, erfolgt. Hierbei wird die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge bzw. Handel, Abwicklung und Kontrolle bis zur Ebene des Vorstands gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse für wesentliche Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit mindestens einmal jährlich durch das Risikocontrolling überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst.

Die Innenrevision prüft als neutrale Stelle risikoorientiert die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie alle Aktivitäten und Prozesse des internen Kontrollsystems. Sie berichtet dem Vorstand und den betroffenen Bereichen und bildet somit einen wichtigen Teil der internen Kontrollverfahren.

1.3 Reporting

Eines der wichtigsten Reportinginstrumente stellt der vierteljährliche Risikobericht aus dem Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling dar. Dieser umfasst eine Darstellung und Bewertung der wesentlichen Risiken und der Ergebnisse der Stresstests sowie die Berichterstattung zur Risikotragfähigkeitsberechnung, aus der die Auslastung der jeweiligen Teillimite hervorgeht. Die Inhalte des Risikoberichts werden vom Vorstand mit dem Aufsichtsorgan erörtert.

Neben dem Risikobericht gibt es weitere Berichte, die entweder regelmäßig oder unter bestimmten Voraussetzungen (Ad-hoc-Reporting) im Rahmen des Risikomanagements erstellt und dem Vorstand vorgelegt werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um bestimmte Aspekte des Risikocontrollings zu einzelnen Risikoarten.

LAGEBERICHT

2 Wesentliche Risikokategorien

Für das Geschäftsjahr 2012 wurden vom Vorstand Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken als wesentliche Risikokategorien festgelegt. Aus dem Bereich „Sonstige Risiken“ stellen die Reputations- und strategischen Risiken wesentliche Risiken dar.

2.1 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft, gegenüber der das Institut einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut gegenüber einer Person oder Personenhandelsgesellschaft aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist sowie das finanzielle Risiko des Instituts in Bezug auf Beteiligungen.

Nach der aktuellen Analyse beinhaltet das Adressenausfallrisiko für die Stadt-Sparkasse Langenfeld das höchste Verlustpotenzial. Für diese Risikokategorie hat die Sparkasse angemessene Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingerichtet, die in Arbeitsanweisungen geregelt sind.

Zu den Adressenausfallrisiken gehören im Einzelnen:

- Kreditausfallrisiken inkl. Schuldscheindarlehen,
- Adressenausfallrisiken aus Wertpapiereigenanlagen,
- Beteiligungsrisiken,
- Länderrisiken.

2.1.1 Adressenausfallrisiken im Kundenkreditportfolio

Im Umgang mit diesen Risiken hat die Sparkasse folgende strategische Leitlinien festgelegt:

- Die Kreditvergabe erfolgt primär aus qualitativen Gesichtspunkten und soll der langfristigen Erhaltung bzw. Steigerung unserer Rentabilität dienen. Eine gezielte Ausweitung und damit verbundene Erhöhung der Bilanzsumme ist nicht geplant.

LAGEBERICHT

- Die Bonität der Kreditnehmer, die Sicherstellung der einzelnen Forderungen, die Ergebnisse der Kapitaldienstfähigkeitsberechnung sowie ein angemessener Eigenkapitaleinsatz stehen hierbei im Vordergrund und dienen der Risikoreduzierung.
- Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeiten im Kreditbereich liegen im gewerblichen und privaten Immobiliengeschäft sowie im mittelständischen Firmen- und Gewerbekundengeschäft.
- Die Sparkasse konzentriert sich als regional tätiges Institut auf das in der Satzung festgelegte Geschäftsgebiet.
- Kreditausfallrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gesamtbankebene limitiert.

Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld ein Limitsystem für das Neugeschäft festgelegt, welches jährlich überprüft und ggf. angepasst wird.

Zur Identifikation von Adressenausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft nutzt die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Rating- und Scoringsysteme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR).

Um Veränderungen innerhalb der Kreditnehmerbonität rechtzeitig erkennen und mögliche Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzt die Sparkasse u.a. das Frühwarnsystem der FI.

Auf Basis von festgelegten Überleitungskriterien werden problembehaftete Engagements den Bereichen Intensivbetreuung bzw. Sanierung und Abwicklung zugeordnet.

Ausfallgefährdete Engagements werden vierteljährlich ab dem zweiten Quartal jedes Jahres in einer EWB-Runde besprochen. Erforderliche Einzelwertberichtigungen werden unterjährig gebildet.

In ihren Arbeitsanweisungen zum Kreditgeschäft hat die Sparkasse alle weitergehenden operativen Grundsätze festgelegt. Für das Risikomanagementsystem sind hierbei insbesondere die Unterscheidung zwischen risikorelevantem und nicht risikorelevantem Kreditgeschäft, die Votierungs- und Kompetenzregelungen, die Bewertung von

LAGEBERICHT

Sicherheiten sowie die Bearbeitungs- und Abwicklungsprozesse im Markt und in der Marktfolge von Bedeutung.

Die Sparkasse verfolgt zur Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft einen periodischen Ansatz.

Die Quantifizierung erfolgt hierbei über das Kreditportfoliomodell „VRE-Tool“. Die Durchführung der Simulationen basiert auf dem nicht besicherten Kreditvolumen (Blankovolumen) sowie einer bonitätsabhängigen mittleren einjährigen Ausfallwahrscheinlichkeit je Kreditnehmereinheit.

Die Risikokonzentrationen der Sparkasse liegen im Bereich der Adressenausfallrisiken des Kundenkreditgeschäfts bei Engagements mit einem Volumen über 5 Mio. EUR sowie in der Immobilienbranche. Diesbezüglich sind zusätzliche Steuerungs- und Controllingmaßnahmen definiert.

Um Steuerungsmaßnahmen frühzeitig einleiten und damit eine Einhaltung der strategischen Ziele erreichen zu können, hat die Sparkasse in 2012 u. a. eine vierteljährliche Adressrisikorunde installiert, die sich mit der Entwicklung des Kundenkreditgeschäfts und den damit verbundenen Risikokonzentrationen beschäftigt.

Im Jahresverlauf 2012 reduzierte sich die Risikokonzentration bei Engagements mit einem Volumen über 5 Mio. EUR, während die Risikokonzentration in der Immobilienbranche nahezu unverändert blieb. Beide Risikokonzentrationen liegen auf einem mit den strategischen Zielen vereinbarem Niveau.

Die im Laufe des Jahres 2012 durchgeführten Steuerungsmaßnahmen führten dazu, dass sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust im Jahresverlauf gesunken sind. Die Auslastung des entsprechenden Risikotragfähigkeitslimits ist von 84% im Vorjahr auf 67% zum Jahresende 2012 gesunken.

Das Adressenausfallrisiko bleibt für die Stadt-Sparkasse Langenfeld weiterhin das Risiko mit dem größten Verlustpotenzial. Die Steuerung der vorhandenen Konzentrationen im Bereich der Engagements ab 5 Mio. EUR sowie der Immobilienbranche bilden auf Ebene der Portfoliosteuerung einen Schwerpunkt des Risikocontrolling- und

LAGEBERICHT

-managementprozesses. Die Ausrichtung in Bezug auf die Neubewilligungen in 2013 gewinnt in diesem Zusammenhang ebenfalls an Bedeutung.

Aufgrund der strategischen Ausrichtung sowie der installierten Steuerungsinstrumente erwarten wir, dass sich das quantifizierte Risiko auf dem gesunkenen Niveau festigt bzw. weiter leicht reduziert werden kann.

2.1.2 Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren

Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren werden, sofern diese vorliegen, über externe Ratings oder aufgrund der internen Risikoeinschätzung der jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften identifiziert.

Im Rahmen einer Partnerliste hat die Sparkasse in Abhängigkeit von dem Solvabilitätskoeffizienten und der Wertpapierkategorie gesamtbankbezogene Limite festgelegt. Das genehmigte Limit auf Einzelkreditnehmerbasis wird durch den jeweiligen Beschluss zum Kauf festgelegt.

Das Adressenausfallrisiko errechnet sich durch die Multiplikation der Ausfallwahrscheinlichkeit gemäß Ratingnote mit dem zugehörigen Nominalwert. Nicht berücksichtigt werden Aktien und Fondsanteile, bei denen das Adressenausfallrisiko implizit im Marktpreisrisiko enthalten ist. Die Ergebnisse sind Bestandteil des monatlichen Reportings zu den Eigenanlagen.

Im Risikotragfähigkeitskonzept wird das Risiko aufgrund seiner GuV-Zuordnung im Bewertungsrisiko Wertpapiergeschäft berücksichtigt. Die Entwicklung der Limitauslastung ist unter 2.2.2 beschrieben.

Bei den unter dem Punkt „Eigenanlagen“ erwähnten Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in den wirtschaftsschwachen EU-Staaten Spanien und Irland handelt es sich um Anleihen von Banken sowie um Unternehmensanleihen mit staatlicher Gewährleistung. Die Restlaufzeit der Papiere liegt bei maximal 3 Jahren. Der Anteil der Papiere an den gesamten Wertpapiereigenanlagen betrug per 31.12.2012 gemessen am Kurswert rund 2 %. Die Sparkasse hat das Ausfallrisiko der Papiere analog der übrigen Eigenanlagen anhand der externen Ratings und der dazugehörigen Aus-

LAGEBERICHT

fallwahrscheinlichkeit bewertet und im Emittentenrisiko berücksichtigt. Ein darüber hinausgehendes Ausfallrisiko sehen wir derzeit nicht. Durch den Verkauf einer irischen Anleihe wurde das Risiko weiter reduziert.

2.1.3 Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Beteiligungen der Sparkasse sind fast ausnahmslos Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen, die über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband oder andere Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe eingegangen werden. Daneben hält die Sparkasse kleinere Beteiligungen an Unternehmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft. Eine deutliche Ausweitung des Beteiligungsbestandes ist nicht geplant. Entscheidungen über das Eingehen von Beteiligungen werden ausschließlich aus dem Verbund- bzw. Fördergedanken eingegangen.

Das Beteiligungsrisiko wird innerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung im Bereich des sonstigen Bewertungsrisikos berücksichtigt.

Aufgrund einer dauerhaften und einer vorübergehenden Wertminderung nahm die Sparkasse in 2012 bei einer Beteiligung eine Wertberichtigung vor. Auch künftig können entsprechende Wertberichtigungen nicht ausgeschlossen werden.

2.1.4 Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt aufgrund der regionalen Ausrichtung der Sparkasse von geringer Bedeutung und werden im Rahmen der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft (Emittentenrisiken) berücksichtigt.

LAGEBERICHT

2.2 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln auf Grund von Änderungen der Marktlage zu Ungunsten des Inhabers entwickeln.

Wesentliche Marktpreisrisikoarten sind:

- Zinsänderungs- / Zinsspannenrisiken,
- Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken und
- Sachwertrisiken.

Als nicht wesentliche Marktpreisrisikoarten hat die Sparkasse für sich das Währungsrisiko sowie das Options- und Rohwarenrisiko definiert.

2.2.1 Zinsänderungs- / Zinsspannenrisiken

Das Zinsänderungsrisiko besteht in einer von der Planung negativ abweichenden Entwicklung des Zinsüberschusses und resultiert aus unterschiedlichen Volumina, Fälligkeiten und Zinsreagibilitäten aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen.

Zinsspannenrisiken werden im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung quantifiziert und limitiert. Dabei wird die negative Veränderung gegenüber dem geplanten Zinsüberschuss bei Simulation einer Ad-hoc-Parallelverschiebung von +1% / -1% berücksichtigt.

Neben diesen Ad-hoc-Verschiebungen der Zinskurve werden weitere Risikofall- und Stresstest-Zinsszenarien simuliert, die eine Veränderung innerhalb eines Jahres darstellen. Mindestens einmal jährlich findet eine Überprüfung und ggf. Anpassung der simulierten Zinsszenarien statt.

Die periodenorientierte Betrachtung wird um eine barwertige Betrachtung des Zinsänderungsrisikos ergänzt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat aufsichtsrechtlich Simulationsparameter für den Basel II-Zinsschock von +200 / -200 Basispunkte festgelegt. Sofern die negative Abweichung des Barwertes aufgrund dieser Simulation mehr als 20 % der Eigenmittel beträgt, gilt das Kreditinstitut als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“.

LAGEBERICHT

Sofern die monatliche Berechnung des Basel II-Zinsschocks für die Sparkasse eine negative Barwertveränderung von mehr als 17 % ergibt, wird der Berichtsturnus von vierteljährlich auf monatlich umgestellt. Ab einer negativen Barwertveränderung von 20 % erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Vorstand, die interne Revision sowie die Bundesbank.

Zur Berechnung der Zinsänderungsrisiken setzt die Sparkasse die Anwendungen der integrierten Zinsbuchsteuerung der FI ein. Bei der Quantifizierung von Zinsspannenrisiken nutzt sie seit 2010 das EDV-Programm „GuV-Planer“, welches auf die Planung von Neugeschäftsmargen ausgerichtet ist und variable Positionen anhand des Konzepts der gleitenden Durchschnitte berücksichtigt. Zur Barwertberechnung und Ermittlung des Value at Risk verwendet sie das Programm sDIS OSPlus.

Bis einschließlich 2012 hat die Sparkasse die integrierte Zinsbuchsteuerung in der Basisvariante genutzt. Als Datenbasis für die Berechnungen werden hier Prognosedaten auf Bilanzpositionsebene für das Eigen- sowie das Kundengeschäft herangezogen. Aufgrund von Systementwicklungen der FI wird die Sparkasse nach einer Umstellungs- und Probephase im Laufe des Jahres 2013 sowohl die wert- als auch die periodenorientierte Berechnung des Zinsänderungsrisikos auf die integrierte Zinsbuchsteuerung in der Plusvariante umstellen. Datenbasis für die zinstragenden Positionen des Kundengeschäfts bilden in der Plusvariante die Einzelkonten, die danach auf Bilanzpositionen zusammengefasst werden.

In der periodenorientierten Sichtweise deuten Zinssimulationen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus für die Folgejahre anders als in der Vergangenheit auf Zinsänderungsrisiken bei weiter fallenden Zinsen hin. Das Zinsspannenrisiko ging im Laufe des Jahres 2012 zurück. Die Auslastung des Limits per 31.12.2012 betrug 38,3 %. In der barwertigen Betrachtung stellen in 2012 nach wie vor steigende Zinsen ein Risiko dar. Die Kennzahl des Basel II-Zinsschocks ist im Jahresverlauf gesunken und lag zum 31.12.2012 bei 10,21 %. Wir erwarten in 2013 in der periodischen sowie in der barwertigen Betrachtung keine grundlegende Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

LAGEBERICHT

Das Limit für Zinsspannenrisiken wurde aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und den sich hieraus ergebenden noch nicht abschließend erkennbaren Auswirkungen für 2013 leicht erhöht.

Aufgrund des geringen Zinsänderungsrisikos hat die Sparkasse keine Absicherungsgeschäfte vorgenommen und sieht diese auch für 2013 nicht vor.

2.2.2 Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist als Nicht-Handelsbuchinstitut eingestuft und will diesen Status auch in den nächsten Jahren beibehalten. Die Ausrichtung der Eigenanlagen soll in den nächsten Jahren ertragsorientiert bleiben.

Die Messung von Kurswertrisiken erfolgt mit Hilfe des Programms WP-Bilanz der dwp Bank, wobei als risikorelevante Größe das Abschreibungspotenzial (AfA Wertpapiere) herangezogen wird. Hierbei werden neben der täglichen Mark to market-Bewertung verschiedene Risikoszenarien (Value at Risk, Konfidenzniveau 99 %, 250 Tage Beobachtungszeitraum) berücksichtigt.

In der Arbeitsanweisung zum Eigenhandelsgeschäft hat die Sparkasse Richtlinien festgelegt, die die strategischen Festlegungen konkretisieren und einzelne Bestandteile des Risikomanagement- und -controllingprozesses erläutern.

Neben dem vierteljährlichen Risikobericht wird der Vorstand monatlich im Rahmen eines Depot A-Berichts über die Geschäftsaktivitäten, die Auslastung der Limite, die Marktpreisrisikosituation und die aktuellen Ratingnoten informiert. Zusätzlich erfolgt mindestens wöchentlich eine Information über die aktuellen Bestände und Kurse.

Kurswertrisiken werden periodisch, d.h. als Abschreibungsrisiken aus dem Wertpapierbereich, gesteuert. Auf das Limit in der Risikotragfähigkeitsberechnung werden neben den Kursrisiken auch Emittenten- und Spreadrisiken angerechnet. Die Kursverluste aus 2011 konnten in 2012 aufgeholt werden. Die Limitauslastung des Bewer-

LAGEBERICHT

tungsrisikos Wertpapiere ist zum Jahresende auf 63 % gesunken.

Um ausreichenden Handlungsspielraum für anstehende Neukäufe im Depot A zu ermöglichen, wurde das Limit für 2013 moderat ausgeweitet. In diesem Zusammenhang ist jedoch keine Volumen- bzw. Risikoausweitung im Depot A beabsichtigt. Vielmehr geht es um eine angemessene Berücksichtigung des Umstandes, dass bei Käufen alleine durch Geld-/ Briefspanndifferenzen das quantifizierte Spreadrisiko wesentlich höher ausfällt.

Für 2013 erwarten wir eine stabile Entwicklung der Kurswerte unserer Eigenanlagen. Aufgrund gestiegener Anforderungen an die Risikomessung und sich hieraus ergebenden Anpassungen ist jedoch stets mit einer hohen Teillimitauslastung zu rechnen.

2.2.3 Sachwertrisiken

Aufgrund der vorhandenen Konzentrationen in der Immobilienbranche und der hohen Bedeutung der grundpfandrechtlichen Sicherheiten im Portfolio wurde das Sachwertrisiko erstmalig für 2012 als wesentliche Risikokategorie festgelegt.

Da der Wertrückgang von Sicherheiten im Bewertungsergebnis Kreditgeschäft abgebildet wird, erfolgt keine separate Limitierung in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Die internen Prozesse zur Bewertung und Beurteilung von Immobiliensicherheiten sollen das Sachwertrisiko begrenzen.

2.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken ergeben sich aus mangelnden Synchronitäten zwischen Mittelzu- und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation, aber auch durch nicht eingeplante Zahlungsverpflichtungen sowie die Unsicherheit über Kundendispositionen begründet sind.

Liquiditätsrisiken können in Form von Zahlungsunfähigkeits-, Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiken auftreten.

LAGEBERICHT

Im Rahmen der Risikoinventur hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als wesentliche Risikokategorie definiert und hierfür einen geeigneten Risikomanagement- und -controllingprozess eingerichtet. Aufgrund der Refinanzierungsstruktur wird das Refinanzierungsrisiko derzeit als nicht wesentliches Risiko eingestuft. Die Nichtwesentlichkeit des Marktliquiditätsrisikos ergibt sich aufgrund alternativer Liquiditätsbeschaffungsmaßnahmen im Verbund anstelle des Verkaufs von Wertpapieren.

Die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein. Ein Liquiditätsengpass liegt für die Sparkasse vor, wenn sie aufgrund externer oder interner Ereignisse kurzfristig (innerhalb eines Monats) nicht mehr in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf zu decken. Um die Gefahr eines Liquiditätsengpasses frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können, hat die Sparkasse folgende Schwellenwerte festgesetzt:

Gesamtkennziffer	> 1,25	grün
Gesamtkennziffer	1,25 bis 1,15	gelb
Gesamtkennziffer	< 1,15	rot

Zur Optimierung der Steuerungsimpulse hat die Sparkasse die Schwellenwerte ab 01.01.2013 auf 1,2 und 1,5 angehoben.

Auf Basis der Daten der monatlichen Liquiditätsmeldung werden diverse Risikofall- und Stresstestszenarien durchgeführt. Diese werden mindestens einmal jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die Sparkasse verschafft sich regelmäßig einen Überblick über die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Quellen zur Liquiditätsbeschaffung und ermittelt den ihr zur Verfügung stehenden Liquiditätsüberhang.

Der Vorstand wird monatlich über die Liquiditätssituation der Sparkasse und die Szenarioergebnisse informiert.

Da das Risiko der Zahlungsunfähigkeit nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial unterlegt werden kann, erfolgt kein Ansatz innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung.

Mit Einführung zusätzlicher Programme will die Sparkasse

LAGEBERICHT

den Risikocontrollingprozess im Bereich der Liquiditätsrisiken in den nächsten Jahren weiter optimieren. Hierbei geht es insbesondere um die Ermittlung des Liquiditätszahlungsstroms auf Gesamthausebene und die Ableitung zusätzlicher steuerungsrelevanter Informationen.

In 2012 lag die Liquiditätskennzahl mit steigender Tendenz über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Per 31.12.2012 lag die Kennzahl bei 1,68 und ist gegenüber dem Vorjahresendwert um 0,21 gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war jederzeit in vollem Umfang gegeben. Für 2013 erwarten wir keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Liquiditätssituation.

2.4 Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Operationelle Risiken werden aufgrund ihrer Bedeutung für die Sparkasse und der aufsichtsrechtlichen Anforderung als wesentliche Risikoart eingestuft.

Der Risikocontrollingprozess ist anweisungstechnisch geregelt und umfasst im Wesentlichen folgende Aspekte:

- Eintretene Schadensfälle, die auf operationelle Risiken zurückzuführen sind und deren kontowirksamer Aufwand größer als 1 TEUR ist, sind dem Risikocontrolling zu melden und werden zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst.
- Als Schwellenwert für bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk wurde ein Betrag von 50 TEUR festgelegt.
- Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch einen regelmäßig durchzuführenden „Expertenworkshop“, in dem ausgewählte Mitarbeiter/-innen der Sparkasse Szenarien operationeller Risiken im Hinblick auf ihr jährliches Verlustpotenzial überprüfen und anpassen.
- Die Sparkasse nimmt an dem jährlichen DSGVO-Datenpooling für operationelle Schadensfälle und Szenarien teil.

LAGEBERICHT

Operationelle Risiken sollen weitestgehend begrenzt werden. Hierzu hat die Sparkasse diverse Maßnahmen umgesetzt, z.B. den Abschluss von Versicherungen, um Verluste im Schadensfall möglichst gering zu halten sowie regelmäßige Sensibilisierungen der Mitarbeiter, damit Schadensfälle bereits im Vorfeld vermieden werden können.

Durch Mitarbeiter bedingte Risiken wie z. B. Bearbeitungsfehler oder unautorisierte Handlungen werden durch die Regelung der Arbeitsprozesse in Form von Arbeitsanweisungen und interne Kontrollen verringert. Weiterhin werden die Kompetenzen der Mitarbeiter durch die Führungskräfte der Sparkasse regelmäßig überprüft. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Im Bereich der internen Verfahren werden zur Begrenzung rechtlicher Risiken grundsätzlich nur standardisierte Vertragsmuster verwendet. Selbstformulierte Verträge unterliegen einer Überprüfungspflicht durch die Rechtsabteilung. Rechtsrisiken sind in den vergangenen Jahren vermehrt durch eine geänderte Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich Kapitalanlagen entstanden.

Im Bereich der Infrastruktur liegt der Schwerpunkt auf einer angemessenen Steuerung der IT-Risiken. Das Risiko eines Ausfalls bzw. einer Fehlfunktion der EDV wird durch weitgehende Verwendung der Standardsoftware unseres Rechenzentrums und den Abschluss von Wartungs- und Serviceverträgen gemindert.

Um im Notfall zumindest die Weiterführung der unternehmensrelevanten Prozesse zu gewährleisten, besteht ein Notfallhandbuch.

Für Notfall- und Katastrophensituationen bestehen Alarm- und Räumungspläne.

Drohende Schäden aufgrund externer Einflüsse sind soweit möglich und erforderlich versichert.

Die Angemessenheit des Versicherungsumfangs wird jährlich überprüft.

Der Vorstand erhält einmal jährlich einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der operationellen Risiken,

LAGEBERICHT

aus dem ein Überblick über die entstandenen Schadensfälle und Risikoszenarien hervorgeht. Vom Expertenworkshop oder Risikocontrolling vorgeschlagene Maßnahmen werden durch den Vorstand beschlossen. Der Bericht zu den operationellen Risiken ist Bestandteil des Gesamtrisikoberichts.

In 2012 traten keine wesentlichen operationellen Schadensfälle auf. Das Bruttoschadensvolumen liegt unter dem Vorjahresvolumen.

Im Rahmen der Eigenkapitalanforderungen verwendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz.

Die operationellen Risiken werden in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung geschätzt und limitiert. Der unerwartete Verlust entspricht 1 % des durchschnittlichen Bruttoertrages der letzten 3 Jahre. Aufgrund des Pauschalansatzes entspricht die Limitauslastung in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung stets 100 %. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich keine nennenswerte Veränderung.

Wir erwarten auch künftig keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Situation im Bereich der operationellen Risiken und schätzen das Risiko auch für 2013 mit 1,6 % des Gesamtkapitallimits nach wie vor gering ein.

2.5 Sonstige Risiken

Alle Risiken, die sich nicht bzw. nicht eindeutig den Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie den operationellen Risiken zuordnen lassen, stellen sogenannte „Sonstige Risiken“ dar.

Sie finden ihre Ausprägung in strategischen Risiken, dem Reputations- sowie dem Absatzrisiko.

Die Risikoinventur ergab, dass die Risikokategorien Reputations- und strategische Risiken für die Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Vermeidung bzw. Reduzierung des Reputationsrisikos hat die Sparkasse verschiedene Maßnahmen festgelegt. Hierzu gehören u.a.:

LAGEBERICHT

- Einrichtung eines wirksamen Kontrollsystems,
- Festlegung von Auskunftspersonen bei Anfragen Dritter,
- Festlegung einer Social Media Richtlinie,
- Einrichtung eines Beschwerdemanagements.

Aufgrund der überragenden Bedeutung von Managemententscheidungen für den Erfolg eines Institutes wurde auch das strategische Risiko als wesentliche Kategorie eingestuft. Die Sparkasse hat bereits viele Prozesse implementiert, die das strategische Risiko minimieren sollen. Beispielhaft seien hier die erweiterten Vorstands- sowie Leitungsrunden, die Führungskräfte tagung, die Einbindung verschiedener Mitarbeiter in den Strategieprozess, der Bilanzstrukturzirkel sowie die gelebte Unternehmensphilosophie, Führungskräfte in Managemententscheidungen einzubeziehen, genannt.

Für Reputations- und strategische Risiken sind keine wesentlichen Veränderungen für 2012 bekannt und werden auch für 2013 aktuell nicht erwartet.

Eine sinnvolle Unterlegung mit Risikodeckungspotenzial im Zuge der Risikotragfähigkeitsberechnung ist sowohl für das Reputations- als auch für das strategische Risiko aus mangelnder Quantifizierbarkeit nicht möglich.

Daneben besteht für die Sparkasse das Risiko, dass sie während der voraussichtlichen langfristigen Abwicklungsdauer der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) entsprechend ihres Anteils am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird.

Als Anteilseigner der ehemaligen Westdeutschen Landesbank AG ist der RSGV aufgrund der in 2009 geschlossenen Verträge zur EAA verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV.

Seit 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 2,6 Mio. EUR

LAGEBERICHT

durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2012 0,6 Mio. EUR.

Für dieses Risiko wird die Sparkasse in einem Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans spätestens nach Ablauf von 10 Jahren zu überprüfen.

3 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Gesamtrisikoprofil der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. In wichtigen Teilbereichen konnte das quantifizierte Risiko reduziert werden. Damit dieser Trend fortgesetzt werden kann bzw. die Ergebnisse auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden können, hat die Sparkasse angemessene strategische Zielsetzungen formuliert.

Das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditportfolio bildet, insbesondere aufgrund der vorhandenen Konzentrationen, die Risikoart mit dem höchsten Verlustpotenzial. Die in 2012 durchgeführten Maßnahmen führten dazu, dass das quantifizierte Risiko deutlich gesenkt werden konnte.

Neben dem Adressenausfallrisiko im Kundenkreditportfolio haben wir erneut eine Abschreibung auf eine Beteiligung vorgenommen. Da es sich ausschließlich um Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen handelt, sind Gegensteuerungsmaßnahmen so gut wie ausgeschlossen. Der mögliche Eintritt weiterer Verluste ist jedoch angemessen berücksichtigt.

Auch bei den Marktpreisrisiken zeigt sich ein positiver Trend. Die Kurswertrisiken sind aufgrund der geringeren Volatilitäten im Markt gesunken. Dies gilt für die Value at Risk-Werte innerhalb der Fondsanlagen aber noch deutlicher für die Spreadrisiken. Das Zinsänderungsrisiko ist sowohl in der periodischen als auch in der barwertigen Sichtweise nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

LAGEBERICHT

Das Liquiditätsrisiko und auch das operationelle Risiko fallen nach wie vor gering aus. Die Liquiditätskennzahl ist im Jahresverlauf leicht gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war, wie in der Vergangenheit, zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Im Bereich der operationellen Risiken werden geänderte Rahmenbedingungen, z.B. die zunehmende Bedeutung von elektronischen Bankgeschäften sowie Änderungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung, vermutlich dazu führen, dass potenzielle Schäden in ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit steigen. In 2012 sind keine wesentlichen Schadensfälle aufgetreten, und das Volumen der Bruttoschäden konnte gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

Sowohl das Gesamtkreditlimit als auch die Teillimite der Risikotragfähigkeitsberechnungen wurden im Jahr 2012 stets eingehalten. Die Auslastung für das Gesamtkreditlimit lag zum Jahresende bei 68,2 % und damit 16,3 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 84,5%.

Das Konzept der Risikotragfähigkeit, das Ermittlungsschema für das Risikodeckungspotenzial sowie die Leitplanken zur Festlegung des Gesamtkreditlimits und der Teillimite erwiesen sich als funktionsfähig. Die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnungen liefern die notwendigen Impulse, um das Risiko auf Gesamtkreditbankenebene steuern zu können.

Durch die regelmäßigen Stresstestszenarien wird die Betrachtung im Risikofall um eine Worst Case Betrachtung sinnvoll ergänzt.

Insgesamt sind die Risikomanagement- und -controllingprozesse der Stadt-Sparkasse Langenfeld angemessen. Die Verfahren der Risikoidentifikation, -messung, -steuerung und -überwachung sind für die einzelnen Risikokategorien definiert und werden fortlaufend überprüft bzw. weiterentwickelt.

Bekannte Risiken sind ausreichend abgeschirmt und tragbar. Wir erwarten für 2013 keine wesentlichen Veränderungen.

LAGEBERICHT

VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse in diesem und im kommenden Jahr beziehen, stellen Einschätzungen dar, die die Sparkasse auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen hat. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zu Grunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können insoweit von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Zudem wird durch die nach wie vor vorherrschende finanzwirtschaftliche Sondersituation mit weiterhin volatilen Märkten die Abgabe einer fundierten Prognose deutlich erschwert.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute wird weiterhin bestimmt durch zunehmend starken Wettbewerb, immer anspruchsvollere Kunden, die mit steigendem Tempo fortschreitende technologische Entwicklung und die permanent wachsenden regulatorischen Anforderungen. Wir gehen davon aus, dass die Zinsmargen weiter unter Druck bleiben werden.

Angesichts der Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und mit Blick auf die Regularien aus Basel III steht das Geschäftsjahr 2013 für die Stadt-Sparkasse Langenfeld erneut im Zeichen der Konsolidierung auf hohem Niveau. Bei weitgehend stabilen Beständen im Aktiv- und Passivbereich stehen die Begrenzung der Risiken und die Kostenkontrolle im Vordergrund.

Im Firmen- und Gewerbekundenkreditgeschäft konzentrieren wir uns weiter auf den Ausbau der bestehenden Kundenbeziehungen. Wir gehen davon aus, dass die Investitionsneigung in der lokalen Wirtschaft im Jahr 2013 wieder zunehmen wird. Im privaten Baufinanzierungsgeschäft stellen wir uns mit besonders attraktiven Zinssätzen dem intensiven Konditionenwettbewerb und versprechen uns deshalb aus diesem Marktsegment für das Jahr 2013 bedeutendere Wachstumsimpulse.

LAGEBERICHT

Die Einlagenseite wird von einem nach wie vor sehr starken Wettbewerb und hoher Liquiditätsneigung der Kunden geprägt sein. Deshalb erwarten wir, dass die Tendenz zu kürzerfristigen Anlagen anhalten wird.

Aufgrund unseres starken Vertriebes, unserer umfassenden Dienstleistungen und Produkte sowie unserer guten Beratungsqualität gehen wir davon aus, dass wir eine weitere Steigerung des Ergebnisbeitrages aus dem Provisionsgeschäft erreichen können.

Bei den Personalaufwendungen erwarten wir einen Anstieg, der auf dem Niveau des letztjährigen Tarifabschlusses liegen wird. Die Sachaufwendungen werden weiterhin von den Kosten für ausgelagerte Dienstleistungen geprägt. Weitere wesentliche Auslagerungsmaßnahmen sind für das Jahr 2013 nicht geplant.

Mit einer Zinserhöhung durch die EZB rechnen wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2013. Belastungsfaktoren für die Zinsspanne sind insbesondere der aktive Konditionenwettbewerb um Kundeneinlagen und unsere geänderte Konditionenstrategie im Baufinanzierungsgeschäft.

Zusammengefasst prognostizieren wir beim Betriebsergebnis vor Bewertung für das laufende Geschäftsjahr 2013 einen niedrigeren Wert als im Berichtsjahr 2012, der aber immer noch auf einem befriedigenden Niveau liegt.

Trotz der verbesserten Wirtschaftslage bei den von uns betreuten kleinen und mittleren Unternehmen wird weitere Risikovorsorge erforderlich sein. Darüber hinaus kann aus den Verbundbeteiligungen weiterer Risikovorsorgebedarf entstehen.

LAGEBERICHT

Für 2014 erwarten wir eine weitere Reduzierung unseres Zinsergebnisses – unter der Annahme eines leicht steigenden Zinsniveaus. Den ordentlichen Ertrag und den ordentlichen Aufwand schätzen wir als stabil ein. Wir gehen davon aus, dass das Betriebsergebnis vor Bewertung in 2014 etwas niedriger ausfallen wird als für 2013 erwartet.

Mit dem Festhalten an unserer geschäftspolitischen Strategie,

- der Konzentration auf das Geschäftsgebiet Langenfeld,
- der konsequenten Kundenorientierung,
- der Fortführung des bewährten Geschäftsmodells und der damit verbundenen Selbstständigkeit,

werden wir unseren Auftrag zum Wohle unserer Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger und der heimischen Wirtschaft auch weiterhin voll erfüllen.

Langenfeld, den 28. März 2013

Der Vorstand

Dirk Abel

Stefan Noack

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Verwaltungsrat nahm während des Berichtsjahres die ihm nach Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahr. Er wurde in den Sitzungen vom Vorstand umfassend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und alle wesentlichen Angelegenheiten der Sparkasse unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss 2012 und den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sie testiert damit, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Sparkasse gibt und die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Der Bilanzprüfungsausschuss hat über Detailfragen zur Geschäfts-, Risiko- und Vermögenslage am 11. Juni 2013 beraten und dem Verwaltungsrat empfohlen, die nach Sparkassengesetz NRW notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Gemäß § 15 (2) d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2012 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2012 gebilligt.

Der Verwaltungsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Langenfeld, gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NW von dem Jahresüberschuss in Höhe von 3.543.570,93 EUR einen Teilbetrag von bis zu 1.500.000,-- EUR auf Anforderung an die Stadt Langenfeld auszuschütten und den verbleibenden Teilbetrag von 2.043.570,93 EUR in die Sicherheitsrücklage der Sparkasse einzustellen (= Gewinnverwendung entsprechend § 25 Abs. 1 SpkG NW). Sofern der an den Träger auszuschüttende Betrag nicht oder nicht vollständig bis zum 31.10.2013 durch den Träger von der Sparkasse angefordert wird, ist dieser Teil des Jahresüberschusses ebenfalls in die Sicherheitsrücklage der Sparkasse einzustellen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse für die im Jahre 2012 geleistete erfolgreiche Arbeit.

Langenfeld, den 11. Juni 2013

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Schneider
Bürgermeister

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2012

der Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)
Land Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk Düsseldorf



Der vollständige, der gesetzlichen Form entsprechende und mit dem Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes versehene Jahresabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und im Handelsregister beim Amtsgericht Düsseldorf hinterlegt.

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

	Euro	Euro	Euro	31.12.2011 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		6.763.237,35		7.460
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>7.559.350,34</u>		<u>11.450</u>
			14.322.587,69	<u>18.910</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		4.815.606,50		416
b) andere Forderungen		<u>2.933.145,62</u>		<u>52.844</u>
			7.748.752,12	<u>53.260</u>
4. Forderungen an Kunden			1.120.237.992,78	1.067.286
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	646.980.885,90 Euro			(643.542)
Kommunkredite	<u>33.266.914,14 Euro</u>			<u>(32.769)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	19.718.453,97			20.519
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>19.718.453,97 Euro</u>			<u>(10.236)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>207.728.085,26</u>		<u>138.378</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>204.552.527,09 Euro</u>		227.446.539,23	<u>158.898</u>
c) eigene Schuldverschreibungen			-,-	-
Nennbetrag	-,- Euro			(-)
			227.446.539,23	<u>158.898</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			60.793.742,98	61.401
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			18.263.785,72	19.505
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			-,-	-
darunter:				
Treuhandkredite	-,- Euro			(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>78.115,00</u>		<u>74</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			78.115,00	<u>74</u>
12. Sachanlagen			14.179.965,00	14.634
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.804.482,46	586
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.533.540,83	1.872
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			1.466.409.503,81	1.396.426

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2011 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		37.803.021,29		112.444
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>432.073.399,39</u>		<u>318.942</u>
			469.876.420,68	431.386
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	216.705.138,47			260.374
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>113.987.429,93</u>			<u>76.078</u>
		330.692.568,40		336.452
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	252.410.009,09			212.421
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>268.716.369,32</u>			<u>274.195</u>
		<u>521.126.378,41</u>	851.818.946,81	<u>486.615</u>
				823.067
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.396.084,81		2.436
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
			2.396.084,81	2.436
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			-,-	-
darunter:				
Treuhandkredite	-,- Euro			(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			1.903.096,46	3.321
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.391.357,70	1.692
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.976.491,00		7.566
b) Steurrückstellungen		<u>20.347,67</u>		<u>3.543</u>
c) andere Rückstellungen		<u>4.491.016,91</u>		<u>4.592</u>
			12.487.855,58	15.701
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			14.467.832,29	18.323
10. Genusssrechtskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			39.443.761,02	31.418
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	69.080.577,53			65.592
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		69.080.577,53		65.592
d) Bilanzgewinn		<u>3.543.570,93</u>		<u>3.489</u>
			72.624.148,46	69.081
Summe der Passiva			1.466.409.503,81	1.396.426
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>54.666.228,23</u>		<u>42.192</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			54.666.228,23	42.192
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>69.273.467,96</u>		<u>90.335</u>
			69.273.467,96	90.335

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2011 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>52.338.866,42</u>			<u>54.260</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>4.738,64</u> Euro			<u>(19)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>6.030.634,88</u>			<u>6.907</u>
		<u>58.369.501,30</u>		<u>61.167</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>28.409.510,45</u>		<u>31.105</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>611.164,66</u> Euro			<u>(590)</u>
			<u>29.959.990,85</u>	<u>30.062</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>2.512.352,39</u>		<u>2.144</u>
b) Beteiligungen		<u>314.551,97</u>		<u>273</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>2.826.904,36</u>	<u>2.417</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>---</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>8.914.905,70</u>		<u>8.398</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>218.916,81</u>		<u>212</u>
			<u>8.695.988,89</u>	<u>8.186</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			<u>---</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>599.710,17</u>	<u>473</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>18.829,31</u> Euro			<u>(17)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>---</u>	<u>-</u>
			<u>42.082.594,27</u>	<u>41.138</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>8.671.077,73</u>			<u>8.578</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.720.221,86</u>			<u>2.453</u>
darunter: für Alters-versorgung	<u>1.094.244,90</u> Euro		<u>11.391.299,59</u>	<u>11.031</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>6.003.415,51</u>		<u>(884)</u>
			<u>17.394.715,10</u>	<u>6.007</u>
				<u>17.038</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.051.474,57</u>	<u>1.022</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>1.642.678,79</u>	<u>717</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>5.375,71</u> Euro			<u>(3)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>4.905.527,49</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>---</u>		<u>17.934</u>
			<u>4.905.527,49</u>	<u>17.934</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>1.240.288,87</u>		<u>1.150</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>1.240.288,87</u>	<u>1.150</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>35.664,02</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>8.026.183,88</u>	<u>30.080</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>7.786.061,55</u>	<u>9.065</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>---</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>96.198,00</u>		<u>96</u>
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	<u>96.198,00</u> Euro			<u>(96)</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>96.198,00</u>	<u>96</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>4.125.744,37</u>		<u>5.466</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>20.548,25</u>		<u>14</u>
			<u>4.146.292,62</u>	<u>5.480</u>
25. Jahresüberschuss			<u>3.543.570,93</u>	<u>3.489</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>---</u>	<u>-</u>
			<u>3.543.570,93</u>	<u>3.489</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>---</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>---</u>	<u>-</u>
			<u>3.543.570,93</u>	<u>3.489</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>---</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>---</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>3.543.570,93</u>	<u>3.489</u>